

Wohnraum. Die Wiener Ziviltechniker-Kammer befürchtet einen Wohnungsengpass. Und plädiert für neue Wohnkonzepte.

Verdichtung und Sanierung statt Neubau: Ideen für leistbares Wohnen

Wien. Wie kann Wohnraum leistbarer werden? Darum ging es am Donnerstag bei einer Pressekonferenz der Kammer der Ziviltechniker Wien, NÖ, Burgenland. Eine Verdichtung und bessere Nutzung des bereits vorhandenen Wohnraums liege nahe, hieß es. „Das ist aber nicht der Fall“, kritisierte Kammerpräsident Bernhard Sommer.

Die Wohnraumsituation in Wien, Niederösterreich und dem Burgenland sei besorgniserregend, die Kammer warnt vor einem Wohnraumengpass. Auch die Energie- und Klimakrise erfordere ein Umdenken bei Bodenpolitik, kommunalen Wohnkonzepten und Bestandsentwicklung. „Wenn wir so weiterbauen, fördern wir eine Klimaarmut beim Wohnen. Ohne gesetzliche Änderung führt die Anpassung an den Klimawandel im Wohnbau zu neuen Formen sozialer Verwerfungen“, sagte Sommer. Er bekräftigte auch einen bereits gemeinsam mit der Bundeskammer präsentierten Vorschlag für eine Änderung des Richtwertsystems: Ob dieser „Mietendeckel“ gilt oder nicht, soll demnach nicht mehr vom Errichtungsjahr abhängen, sondern vom Zustand des Gebäudes.

Um den Leerstand einer Nutzung zuzuführen, müsse man ihn zuerst erfassen, sagte

Ulrike Schartner vom Ausschuss Wohnbau und Leistbarkeit. Eine Leerstandsabgabe sollte diskutiert werden, meint sie, ebenso eine Abgabe für unbebautes Bauland und eine Befristung von Neuwidmungen, um Spekulationen mit Bauland zu verhindern. Und: Lehrberufe müssten für Jugendliche wieder attraktiver werden: Für die Gebäudesanierung „brauchen wir Handwerker“. Auch für kommunale und gemeinwohlorientierte Wohnkonzepte brauche es mehr Ideen. So könnten neuartige Genossenschaftsmodelle mehr aktive Beteiligung der künftigen Nutzer an Bauprojekten ermöglichen, sagte Kammervertreterin Jutta Wörtl-Gössler.

Sind die Baupreise zu hoch?

Thematisiert wurden auch die hohen Baupreise. Der Schluss sei zulässig, dass „die Gewinne in der Baubranche einen wesentlichen Anteil an der Inflation haben“, sagte Sommer. Hier müsse der Anbietermarkt größer werden. Die öffentliche Hand solle etwa „anhand von zehn Ausschreibungsverfahren für geförderte Wohnbauprojekte Preisvorteile bei Einzelvergaben evaluieren“. Wird nach Gewerken ausgeschrieben, können auch KMU an Bieterverfahren teilnehmen. (cka)